



Gebietsreform stärkt die Selbstverwaltung

Frank Kuschel: Gestaltungsmöglichkeit der Kreistage ist auf ein Minimum reduziert

Entgegen manchen Behauptungen auch am 10. November wieder in der Landtagsdebatte zur Regierungserklärung von Innenminister Dr. Holger Poppenhäger zur Kreisgebietsreform „wird die von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachte Verwaltungs- und Gebietsreform die kommunale Selbstverwaltung auch in den Landkreisen stärken“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel.

Fakt sei, dass die kommunale Selbstverwaltung in den Thüringer Landkreisen nur eingeschränkt wirke. Die Ursachen habe die CDU bereits 1994 geschaffen und über 20 Jahre verschärft.

Die CDU hat die so genannte Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion der Landkreise, mit der sie die unterschiedliche Leistungskraft der kreisangehörigen Gemeinden ausgleichen oder anstelle der Gemeinden kommunale Aufgaben wahrnehmen konnten, aus der Kommunalverfassung gestrichen. Damit durften die Landkreise freiwillige Leistungen, die den Kern der Selbstverwaltung ausmachen, nur im Ausnahmefall erbringen.

„Seit 1994 sind die Landkreise letztlich nur noch eine Verwaltungsebene mit kaum wahrnehmbarem eigenem Entscheidungsermessen. Der Umfang der freiwilligen Leistungen liegt noch bei ein Prozent der Landkreisaufgaben. Die Landkreise haben keine eigenen

Steuereinnahmen. Rund 60 Prozent der Landkreisgelder sind Landeszuweisungen. Die kreisangehörigen Gemeinden müssen über die Kreisumlage etwa ein Drittel der Landkreisausgaben finanzieren“, argumentierte der Kommunalexperte.

Die übrigen Landkreisgelder seien Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb, wie Gebühren, Entgelte, Mieteinnahmen und Ähnliches. Kreisliche Investitionen seien ebenfalls komplett fremdfinanziert über Fördermittel oder durch die Gemeinden. Wenn daher von der Leistungskraft der Landkreise die Rede sei, müsste das ausschließlich auf die kreisangehörigen Gemeinden bezogen werden.

Erledigung von Landesaufgaben durch die Landkreise ist „ineffizient und zu teuer“

„Die Gestaltungsmöglichkeit der Kreistage ist auf ein Minimum reduziert, da die CDU bis 2014 nahezu alle Landkreisaufgaben dem sogenannten übertragenden Wirkungskreis zugeordnet hat. Für diese Aufgaben, die 85 Prozent aller Kreisaufgaben umfassen, sind nur die Landräte zuständig, nicht aber die Kreistage. Diese haben nicht einmal ein Informationsrecht. 60 Prozent der Kreisaufgaben betreffen Leistungsgesetze im Sozial- und Jugendhilfebereich, für die die Landkreise kaum Steuerungsmöglichkeiten haben“, kritisierte der Abgeordnete. Die Erledigung von Landesaufgaben durch

die Landkreise ist derzeit ineffizient und damit zu teuer, was Untersuchungen des Landesrechnungshofes ergeben hatten. Solche Aufgaben, wie die Abfallwirtschaft, der Öffentliche Nahverkehr oder die Krankenhäuser, wurden fast vollständig privatisiert oder in Zweckverbände ausgelagert.

„Ebenfalls sehr überschaubar und eigentlich nur formal ist die Einflussnahme der Landkreise auf die Sparkassen. Die Sparkassengremien müssen im harten Wettbewerb kundenorientiert arbeiten. Politische Wünsche der Kreistage spielen da kaum eine Rolle. Zudem sind die Landkreise kaum am wirtschaftlichen Erfolg der Sparkassen beteiligt. Nur im Ausnahmefall werden Gewinnanteile der Sparkassen an die Landkreise ausgezahlt“, gab Frank Kuschel zu bedenken.

In seiner Regierungserklärung hatte der Thüringer Innenminister angekündigt, dass er im Frühjahr 2017 das Gesetz zur Kreisgebietsreform in Thüringen vorlegen wird. Er verstehe den veröffentlichten Vorschlag, dass die Zahl der derzeit 17 Kreise auf acht und die der kreisfreien Städte von sechs auf zwei verringert werden soll, als Grundlage für eine breite Diskussion in den nächsten Monaten. Dabei sei die Landesregierung offen für weitere Vorschläge.

Wie der Minister weiter ankündigte, soll die Kreisgebietsreform ab dem Jahr 2018 gelten - entweder ab Januar oder ab Juli.

KOMMENTIERT:

von Torsten Wolf

Licht und Schatten

Der vom Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) veröffentlichte Ländervergleich der Sprachkompetenz von Schülern der 9. Klassen enthält viel Licht und auch Schatten. Im Fach Deutsch liegen die Thüringer Schüler in den Kompetenzbereichen Zuhören, Orthografie und Lesen über dem Bundesdurchschnitt. Überdurchschnittlich viele übertreffen den ermittelten Regelstandard. Leider haben wir aber im Fach Deutsch in diesen Kompetenzbereichen in der Entwicklung 2009 bis 2015 nahezu ebenso viele Schüler, die den Mindeststandard nicht erreichen. Ein Befund, der zu diskutieren sein wird, ebenso wie die unterdurchschnittlichen Ergebnisse im Fach Englisch beim Les- und Hörverstehen.

Dass in Thüringen die soziale Herkunft nicht in dem Maße die erreichten Ergebnisse bestimmt wie in anderen Bundesländern kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Koppelung zwischen der sozialen Herkunft und den Kompetenzen der Jugendlichen (...) auch im IQB-Bildungstrend substantiell“ ist, wie die Autoren feststellen. Zudem beleuchtet die Studie exemplarisch das Erreichte wie die Herausforderungen für das Thüringer Bildungssystem. Fachunterricht, geringer Unterrichtsausfall, motivierte und engagierte Lehrerinnen und Lehrer und individuelle Förderung sind die Grundlagen der Kompetenzentwicklung bei Schülerinnen und Schülern, die ihnen den Weg ins Leben ebnet.

Leider müssen wir feststellen, dass in den letzten Jahren gerade beim Thema Absicherung des Fachunterrichts und Unterrichtsausfall die Thüringer Schulen größere Probleme durch Erkrankungen, Schwangerschaften und zusätzliche Aufgaben hatten. Unsere Fraktion wird die Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/19 nutzen, um mit deutlich mehr Neueinstellungen von 1.000 Lehrern pro Jahr den Fachunterricht besser abzudecken und durch den weiteren Aufbau einer Vertretungsreserve die Unterrichtsabsicherung gewährleisten zu können. Hier hat das Bildungsministerium unsere volle Unterstützung. Wir sehen mit dem Kompromiss beim Länderfinanzausgleich auch genügend Spielraum, solide Haushaltspolitik mit guter Bildungspolitik zu verbinden. Darauf können sich die Menschen in Thüringen verlassen.

AKTUELL

Vorstandssitzung der Linksfraktion des EU-Parlaments

Der Vorstand der Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) kommt vom 17. bis 18. November zu Beratungen nach Thüringen. Die Europaabgeordneten aus 14 EU-Staaten werden mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, Landtagsabgeordneten und Experten u.a. über Erfahrungen und Herausforderungen linker Regierungsbeteiligung und die Integration von Migrantinnen und Migranten diskutieren.

Die Diskussionsrunden, die am Donnerstag, den 17. November, vorgesehen sind, finden im Plenarsaal des Thüringer Landtags statt. Nach der Eröffnung um 09.00 durch Gabi Zimmer, Präsidentin der Linksfraktion GUE/NGL, beginnt die Debatte über linke Regierungsbeteiligung mit

Bodo Ramelow und Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Für 15 Uhr ist die Diskussionsrunde zum Umgang der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit Flucht, Migration und Asyl vorgesehen.

Besondere Aufmerksamkeit hat die für 18 Uhr anberaumte öffentliche Podiumsdiskussion verdient. Gemeinsam mit spanischen und portugiesischen Europaabgeordneten geht es dabei um aktuelle Herausforderungen für die Linke in Spanien und Portugal. Im Podium: Tania González, Podemos, Spanien, Angela Vallina, Izquierda Unida, Spanien, Marisa Matias, Bloco, Portugal, und João Ferreira, PCP, Portugal.

Am Freitag, 18. November, besuchen die EU-Abgeordneten die Gedenkstätte Buchenwald und gedenken

der Opfer des Nationalsozialismus. Anschließend findet eine Debatte mit Wissenschaftlern über das „Europäische Erbe Buchenwalds und den heutigen Kampf gegen die extreme Rechte“ statt, an der auch die Abgeordnete der Thüringer Linksfraktion, Katharina König, teilnimmt.

Die Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament (deutsch: Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) besteht aus 52 Abgeordneten, aus 19 Delegationen und Unabhängigen aus 14 EU-Mitgliedstaaten. Vorsitzende ist seit 2012 die ehemalige Thüringer Landtagsabgeordnete Gabi Zimmer (DIE LINKE). Die größten Delegationen sind DIE LINKE aus Deutschland, Podemos und Izquierda Plural aus Spanien, die griechische SYRIZA und die irische Sinn Féin.